

Bremische Bürgerschaft  
Landtag  
19. Wahlperiode

Drs.

Antrag des Abgeordneten Alexander Tassis (AfD)

### **„Unterschrift unter den Migrationspakt zurückziehen“**

Der „Global Compact for Safe, Orderly und Regular Migration“ (Globaler Migrationspakt CGM) wurde von der Bundesrepublik Deutschland in Marrakesch unterzeichnet.

Durch diesen Pakt sollen Regelungen zur Migration jener Personen getroffen werden, welche nicht primär dem Schutz des internationalen Flüchtlingsrechts unterliegen. Der enthaltene, sogenannte Kooperationsrahmen sieht mindestens 23 Ziele vor, zu deren Umsetzung, Weiterverfolgung und Überprüfung die unterzeichnenden Staaten sich verpflichten.

Aus den Erfahrungen mit der bewusst im Bereich des nationalen Grenzschutzes untätigen Bundesregierung, ihres Hintertreibens selbst der Stärkung von Frontex und ferner den Erfahrungen mit anderen fatalen Entwicklungen nach angeblich rechtsfolgelosen UN-Entschlüssen, die in Deutschland zur Zerstörung sinnvoller Strukturen führten, ist der Migrationspakt abzulehnen. Tatsächlich ist dieses fatale Werk letztendlich ein Werk der Bundesregierung um ihr grundstürzendes Handeln nachträglich legitimieren zu lassen.

Um Europa vor dem verantwortungslosen Handeln Deutschlands in Zukunft zu schützen, hat die Bundesrepublik Deutschland sofort ihre Unterschrift zurückzuziehen und mit einer Protokollnote zu untermauern. (Sie hat sich nach Auffassung des Unterzeichnenden ohnehin bei den Nachbar- sowie den europäischen Anrainerstaaten des Mittelmeeres offiziell für ihre die Nationalstaaten schädigende Diplomatie zu entschuldigen.)

Die Bremische Bürgerschaft (Landtag) möge daher beschließen:

*Der Senat der Freien Hansestadt Bremen wird aufgefordert, sich auf allen Ebenen und mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln dafür einzusetzen, dass die Unterschrift unter die UN-Vereinbarung „Globaler Vertrag für sichere, geordnete und geregelte Migration“ (GCM) zurückgezogen und zusätzlich eine absichernde Protokollnote beigefügt wird, dass für die Bundesrepublik Deutschland keinerlei Rechtsfolgen entstehen können.*

Alexander Tassis  
Einzelabgeordneter Alternative für Deutschland